

Pressemitteilung

Regensburg, 22. November 2013

Koalitionsverhandlungen für Energiewende und Atomausstieg

Der Bund Naturschutz fordert die Bundestagsabgeordneten der Region auf, sich für die Fortsetzung der Energiewende und den endgültigen Atomausstieg einzusetzen.

„In den aktuellen Koalitionsvereinbarungen drohen schwerwiegende Fehler verankert zu werden, die dem beschlossenen Atomausstieg und Klimaschutz zuwiderlaufen“, mahnt Kreisvorsitzender Raimund Schoberer“. Der Verband sieht Mängel bei den Themen Klimaschutzgesetz, Windenergie, Energiesparen, Flexibilisierung von Biogasanlagen und Kohlendioxid-Emissionshandel in der EU und wendet sich deshalb mit einem Brief an Graf Lerchenfeld, Dr. Astrid Freudenstein und Marianne Schieder.

Gerade in der Oberpfalz und insbesondere in und um Regensburg setzten und setzen sich viele Bürger, beginnend mit den Demonstrationen gegen die seinerzeit geplante WAA in Wackersdorf aber auch durch ihre zahlreichen Beteiligungen an Regenerativen Energien (z.B. Energiegenossenschaften in Neumarkt und Regensburg, Energiefonds von i.d. OPf. ansässigen Unternehmen) intensiv für die Energiewende ein. Umfragen bestätigen, dass der weit überwiegende Anteil der Bevölkerung die Energiewende befürwortet.

Die dezentrale Umsetzung der Energiewende, die Wertschöpfung der Zulieferindustrie und im lokalen Gewerbe stärken uns in der Oberpfalz als innovative Region. Eine Energiewende von unten stärkt die Kommunen und lenkt regionales Geld in Bürgerenergiegesellschaften.

Atomausstieg und Klimaschutz bedeuten Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkel in unserer Heimat. Steigt die Erwärmung der Ozeane weiter an, sind tropische Unwetter auch bei uns zu erwarten. Die großen Hochwasserbetroffenheiten, welche das Junihochwasser 2013 an der Donau verursachte, wirken auch in der Oberpfalz nach, wie die aktuelle Polderdiskussion zeigt. Ohne Klimaschutzmaßnahmen werden auch Bayern und die Oberpfalz vermehrt Wetterextremen ausgesetzt sein.

Der Bund Naturschutz fordert insbesondere die Verankerung des Klimaschutzes in einem Klimaschutzgesetz. Für die Windenergie müssen die Ausbauziele wie 2011 für Bayern aufgestellt - 10% Windenergie bis 2021 - erhalten bleiben und dürfen nicht der neuen Forderung nach Abstandsflächen von 10-mal der Höhe eines Windrades geopfert werden.

Das Energiesparen muss in Massenanwendungen erfolgen – dies erfordert initiale Energiesparberatung auf kommunaler Ebene. Energiesparen muss als Daseinsfürsorge kommuniziert und vorangetrieben werden – Bezahlbarkeit ist wichtig, aber Kosteneffizienz kann nicht das ausschlaggebende Kriterium sein. Energiesparberatung in der energetischen Sanierung muss moderne Heizungstechnik zusammen mit der Wärmedämmung empfehlen.

Der Umbau bestehender Biogasanlagen zu flexiblen Blockheizkraftwerken und die Nutzung landwirtschaftlichen Abfälle ergibt in Bayern, ohne Ausweitung des Maisanbaus, ein Potential dezentraler Ersatzkraftwerke in Bayern von ca. 5500 MW elektrischer Leistung. Das entspricht der Leistung, die aktuell im Bayerischen Wirtschafts- und Energieministerium als Leistungslücke nach Abschalten aller Atomkraftwerke analysiert wird

Deutschland muss an die Europäische Union klare Forderungen zur Aktivierung des Kohlendioxid-Zertifikate-Handels stellen. Aktuell liegt der Preis pro Tonne Kohlendioxid unter 5 €. Klimapolitisch wirksam wäre ein Preis von ca. 20 € pro Tonne, eine Abschätzung der Klimafolgekosten käme auf ca. 100 € pro Tonne.